

Soziologie im Industrieviertel

Arbeitssoziologische Forschung an der
Universität Halle-Wittenberg 1963–1989

Peer Pasternack
Halle-Wittenberg

Im Mai 1989 erschien in der DDR-Fachzeitschrift „Sozialistische Arbeitswissenschaft“ ein Artikel zum Alltag in den Betrieben, der bemerkenswert wenig beschönigte: „Ständige Plankorrekturen, Hektik, schlechte Arbeitsorganisation und damit ungenügende Effektivität widersprechen dem Bedürfnis, ge-

sellschaftlich Nützlich und Sinnvolles zu tun“ – einerseits. Andererseits: „Das Bedürfnis nach ... einem angestrebten Wohlstand wird von einer bestimmten Zahl von Werktätigen aller Beschäftigtengruppen gegenwärtig durch eine mäßige Arbeitsleistung weitgehend befriedigt.“ Zu beachten ist hier der Hinweis auf „alle Beschäftigtengruppen“, was heißt: Mäßige Arbeitsleistungen fanden sich sowohl unter Arbeitern und Angestellten als auch Leitern.

Und weiter: Adäquater Mehrverdienst für Mehrleistung „ist nicht nur eine Frage der abstrakten Einkommensrealisierung ... Teure Unterhaltungselektronik schöpft zwar Kaufkraft ab, entspricht aber nur den Konsumvorstellungen eines Teils der Bevölkerung.“ Auch verbauten kleinliche Reglementierungen im Arbeitsalltag „häufig die Möglichkeiten, die in Eigeninitiative und Selbstentscheidung liegen“.

Beachtenswert ist, dass auf die sonst üblichen sprachlichen Euphemismen „noch nicht immer“ oder „mitunter“ zugunsten eines „häufig“ verzichtet wird. „Es gibt unter sehr hochqualifizierten Kadern häufig Beschwerden darüber, daß ihr Freiraum für leistungsorientiertes Verhalten zu gering ist.“ „Als hemmende Faktoren ... erweisen sich Mängel im Leitungsstil, die Arbeit mit generalisierenden Auflagen, wo situationsgebundene Entscheidungen sinnvoller wären.“

Auch die Prognose der operativen Folgen lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: So würden sich „auf längere Sicht ... Hochmotivierte in mittelmäßig Motivierte verwandeln“. Nicht zuletzt findet sich auch eine Spur Sarkasmus: Richtig sei es, „wenn sich Leiter ... mehr Gedanken um die Individualität ihrer Mitarbeiter machen würden“. Dafür gebe es

durchaus auch entsprechende Beispiele, „aber es ist bezeichnend, daß dafür der Begriff ‚unkonventionell‘ verwendet wird“ (Stollberg 1989: 365–367).

Der Autor des Artikels, Rudhard Stollberg, war seit 1965 Leiter des Wissenschaftsbereichs Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU).

1. Institutionalisation

Stollberg war, wie alle DDR-Soziologen der Gründergeneration, disziplinärer Seiteneinsteiger. Dies war dem Umstand geschuldet, dass es in den 50er Jahren nahezu keine Soziologie im ostdeutschen Wissenschaftsbetrieb gegeben hatte (vgl. Sparschuh/Koch 1997). Allerdings brachte Stollberg fachliche Voraussetzungen mit, die ihn für den vorgesehenen Schwerpunkt der halleschen Soziologie – Arbeits- und Industriesoziologie – durchaus prädestinierten.

Er hatte 1951 bis 1954 Lehrer für Politische Ökonomie in Halle studiert. Im Bereich Politische Ökonomie der MLU war er 1957 mit einer Arbeit zur „Auseinandersetzung um die 40-Stunden-Woche in Westdeutschland“ (Stollberg 1957) promoviert worden. Der Lehrstuhl, an dem er tätig war, bearbeitete als Schwerpunktthema „Die Herausbildung des sozialistischen Systems der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit (sozialistische Gemeinschaftsarbeit)“.¹ Stollberg realisierte dort Forschungsprojekte zum „Lebensstandard in beiden Teilen Deutschlands“, zu „Problemen der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit“ und zur „Herausbildung des Systems der sozialistischen Organisation und der gesellschaftlichen Arbeit“.²

Die Gründung des Wissenschaftsbereichs Soziologie im Jahre 1965 war Teil der verwickelten Geschichte der Soziologie in der DDR. Nach dem Kriegsende hatte es in Halle von 1947 und 1949 bereits ein Institut für Soziologie gegeben. Dessen Direktor war Max Gustav Lange. „Institut“ allerdings klingt angesichts der Ausstattung ein wenig zu ambitioniert: Die Einrichtung hatte nach dem Stellenplan der Universität neben

¹ [Rudhard] Stollberg: [Entwurf zum] Studienjahresabschlußbericht 1959/60 des Institutes für politische Ökonomie, o.O. o.J., S. 4, Nachlass WB Soziologie: Studium/Lehre

² Rudhard Stollberg: Disposition zum Thema: Wie entwickelt sich der Lebensstandard in beiden Teilen Deutschlands?, 25.05.1956; ders.: Studienjahresabschlußbericht 1959/60 des Institutes für politische Ökonomie, o.O. o.J., S. 6f.; ders.: [Entwurf zum] Studienjahresabschlußbericht 1959/60 des Institutes für politische Ökonomie, o.O. o.J., S. 9, alle in: Nachlass WB Soziologie: Forschung

der Professur lediglich eine Planstelle für einen wissenschaftliche Assistenten.

Langes Spezialgebiete waren der Marxismus, die Geschichte und Soziologie der Arbeiterbewegung, Wissenssoziologie, Staatssoziologie und die soziologische Methodik. Vor allem aber befasste er sich in seiner halbeschen Zeit mit bildungssoziologischen Fragen (vgl. Lange 2007). Dies wurde auch dadurch gefördert, dass er zugleich Chefredakteur der Ost-Berliner Zeitschrift „pädagogik“ war. Bereits 1949 wechselte er an die Pädagogische Hochschule Potsdam (und 1951 nach West-Berlin). (Vgl. Pasternack et al. 2013).

Ab 1950 verebten nicht nur in Halle, sondern in der gesamten DDR soziologische Lehrveranstaltungen, Publikationsvorhaben und Untersuchungsaktivitäten. Die zeittypischen Umstände arbeiteten dem zu: kulturpolitisch die Objektivismus- und Formalismusdebatte, kognitiv die bestimmenden Theorie- und Ideologietraditionen der kommunistischen Arbeiterbewegung, personell die „arg begrenzten kadermäßigen Bedingungen jener Jahre“, vergangenheits- und gesellschaftspolitisch die „den Faschismus zum großen Teil tolerierende, zum Teil aktiv unterstützende, beim gesellschaftlichen Neubeginn sich weitreichend abstinente verhaltende bürgerliche Soziologie“ (Steiner 1988: 238f.). Soziologie galt als bürgerliche Lehre kapitalistischer Sozialtechnologien.

Eine wirkliche Institutionalisierung des Faches gelang, wie an anderen Hochschulen in der DDR, erst 1963. In diesem Jahr wurde an der MLU eine „Kommission für konkret-soziologische Forschung“ gegründet, die 1965 dann zur „Soziologischen Abteilung“, schließlich zum „Wissenschaftsbereich Soziologie“ an der Sektion Wirtschaftswissenschaften aufgewertet wurde. Dessen inhaltliche Schwerpunkte lagen in der Arbeits- und Industriesoziologie.

Das politische Interesse an soziologischer Forschung resultierte vor allem aus dem Wunsch, gesellschaftliche Optimierungsvorhaben auf rationale Grundlagen zu stellen. 1963 hatte der VI. Parteitag der SED das „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ (NÖSPL) beschlossen. Damit waren unter anderem zwei Disziplinen die Türen in das System der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften geöffnet worden, die bis dahin als bürgerliche Lehren verpönt waren: der Kybernetik und der Soziologie (Laitko 2006: 521).

1976 startete an der MLU ein eigenständiger Diplomstudiengang, wobei im jährlichen Wechsel mit der Karl-Marx-Universität Leipzig immatrikuliert wurde. Damit war Halle einer von drei Standorten, an denen in der DDR Soziologen und Soziologinnen ausgebildet wurden (der dritte

Ort war die Humboldt-Universität zu Berlin; überdies gab es an der Universität Rostock ein Nebenfachstudium Soziologie).³

Der Hallesche Wissenschaftsbereich Soziologie arbeitete stark im Modus einer Ressortforschungseinrichtung. Er realisierte permanente Begleitforschung für Politik und Industrie, und die politisch abgeforderten Arbeitsprogramme führten zu einer Situation fortwährender Auftragsforschung.⁴ Durchgehend waren diese Aktivitäten auf den systemischen Kontext der DDR bezogen. Politisch wurden vor allem Beiträge zur Optimierung von Arbeitsprozessen in der Industrie erwartet. Wissenschaftlich kreiste die Forschung der Einrichtung um ein Thema: das Verhältnis der Menschen zur Arbeit,⁵ und zwar systemspezifisch vor allem das *sozialistische* Verhältnis zur Arbeit (Stollberg 1988). Dabei wurde insbesondere der kollektive Charakter der Arbeit als Quelle individueller Anerkennung betrachtet – dies vorzugsweise im Kontrast zur einsamen Hausarbeit von Frauen.⁶

Das Forschungsprogramm wurde durch zahlreiche Projekte in den Bereichen Arbeits-, Industrie- und Berufssoziologie (AIBS) untersetzt. Arbeitsmotivation, Schichtarbeit, Arbeitsverhalten oder das „kulturell-technische Niveau der Werktätigen“ waren entsprechende Forschungsthemen. (Vgl. Pasternack/Zierold 2013; Fischer et al. 2013: 24-31)

Eine kritische Funktion nahm diese soziologische Forschung gemäß ihres Kontextes und Auftrags nur systemimmanent wahr (wie es, nebenbei, für die meiste Normalwissenschaft sozialwissenschaftlicher Provenienz in allen Gesellschaften gilt). Entgegen heutiger Absurditätswahrnehmungen folgte dies einer spezifischen Rationalität: Die DDR und ihre Gesellschaftswissenschaften sahen sich als Vollstrecker eines historischen Gesetzes, wonach die Befreiung von Ausbeutung die unabweisbare Aufgabe der Gegenwart darstellte. Da dieses Gesetz – im eigentlichen eine teleologische Annahme – selbst wissenschaftlich hergeleitet war, konnte Forschung jenseits dieses Rahmen nur als irrational erscheinen und war daher nicht weiter zu verfolgen. Dem historischen Gesetz, die Epoche der Ausbeutungsfreiheit zu entfalten, war demnach – so die all-

³ vgl. zur Leipziger Soziologie Koop (2009), zur Berliner Wollmann (2010) und zur Rostocker Soziologie Hall/Münzner (2007) sowie Voigt (2007)

⁴ „Die Forschungsarbeit ist, soweit möglich, als Vertragsforschung zu betreiben“ (Soziologische Abteilung: Arbeitskonzeption, Halle, 11.5.1965, S. 2, Nachlass WB Soziologie: Forschung)

⁵ Interview Prof. Rudhard Stollberg, 10.1.2012

⁶ vgl. Soziologische Abteilung: Arbeitskonzeption, Halle, 11.5.1965, S. 2, Nachlass WB Soziologie: Forschung

gemein herrschende Überzeugung – auch im wissenschaftlichen Handeln zu entsprechen.

2. Empirie und Ideologie

Gesellschaftswissenschaftliche Texte, die in der DDR entstanden, pflegten meist einen Stil sprachlicher Entschärfung jener Informationen, die politisch beunruhigend waren oder hätten sein können. Vor diesem Hintergrund wirkt der eingangs zitierte Artikel von Rudhard Stollberg wie ein Fanal der Frustration. Er verdeutlicht aber zunächst vor allem eines: Die Arbeiten des halleschen Wissenschaftsbereiches drangen durchaus zu wesentlichen Schwächen der wirtschaftlichen und sozialen Organisation der DDR-Gesellschaft vor.

Fortwährend konfliktbehaftet waren z.B. über die Jahre hin die sozialen Auswirkungen der Schichtarbeit. Dass die MLU-Soziologen in dieser Hinsicht nicht völlig pflegeleicht waren, nahm man auch in der westdeutschen DDR-Forschung wahr: „Der Hallenser Arbeitssoziologe Rudhard Stollberg blieb der *einzig*e, der ... grundsätzliche Kritik an der Schichtarbeit wagte.“ (Voigt 1986: 160, Herv. i. Orig.)

Selbst nach Zurechtweisung durch die SED sei Stollberg bei seiner Auffassung geblieben, als er in der FDJ-Wochenzeitung „Forum“ formulierte: „Die Orientierung heute und erst recht in der Perspektive lautet doch: nicht mehr Leute, sondern mehr Maschinen in die Nachtarbeit zu schicken“ (ebd.: 161; Zitat: Stollberg 1978: 5). Bereits die – 1978 von Stollberg gestellte – Frage, „ob der Schichtrhythmus eine ‚notwendige Abweichung vom Normalen‘ darstelle und ‚so bald wie möglich zurückzudrängen‘ sei, ... ist eine Ausnahme und wird in der DDR im allgemeinen tabuisiert“ (Voigt 1986: 136).

Auch Ingrid Hölzler, lange Jahre Wissenschaftlerin am WB Soziologie, halte sich „mit der Kritik in keiner Weise zurück“. Sie schreibe, dass die Desynchronisation des Lebensrhythmus „die soziale Kommunikation des Schichtarbeiters reduzieren“ kann, und dass sich möglicherweise negative Konsequenzen für die Ehe des Schichtarbeiters „auch aus der erhöhten physischen und psychischen Belastung“ ergeben (ebd.: 160; Zitate: Hölzler 1976: 3, 7).

An Ideologie mangelt es den Schriften der Halleschen Arbeitssoziologie bei all dem keineswegs:

„Der Arbeiter im Sozialismus ist ... von vorneherein in der Position des Eigentümers und geht damit ein anderes Verhältnis zur Arbeit ein [als der Arbeiter im Kapitalismus, P.P.]. Hier wird er objektiv Planender und Leitender, nicht nur Ausführender von Arbeitsaufgaben. Er wird objektiv zum Beherr-

scher und Gestalter der technologischen und sozialen Bedingungen der Arbeit“ (Stollberg 1988: 61).

Aufschlussreich sind die Schriften aus der Halleschen Soziologie immer dort, wo die Empirie ihr Recht verteidigt. Zwar galt entsprechend der Ideologie zunächst: „Das sozialistische Verhältnis zur Arbeit definieren wir ... als Verhältnis ..., das sich mit dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft als historisch neue Qualität des Verhaltens ... entwickelt“ (ebd.: 77).

Empirisch jedoch ergab sich: Auch das sozialistische Verhältnis zur Arbeit ist zunächst „das praktische ... Verhalten des Menschen zur Arbeit überhaupt“ (ebd.) und wird lediglich sekundär durch die politische und gesellschaftliche Ordnung bestimmt. „Sozialistisch“ war es nur soweit, wie die im doppelten Sinne staatseigentümlichen Produktionsverhältnisse spezifische Rahmenbedingungen erzeugten und Erfordernisse produzierten: verbreitete Frauenbeschäftigung, Kollektivitätsorientierung, Improvisationstalent, Vetomacht der Arbeitenden.

2.1. *Textlektüren gegen den Strich*

Die Forschungsergebnisse des Wissenschaftsbereichs heute zu lesen und angemessen einzuordnen, verlangt häufig ausgeprägte Decodierungsfertigkeiten. Dies spiegelt die Umstände und Schwierigkeiten empirischer Forschung in der DDR wider. Der politisch formulierte Auftrag war, handlungsrelevantes Wissen zu erzeugen. Um diesem zu entsprechen, mussten reale Probleme herausgearbeitet werden. Das kollidierte aber mit einer gleichzeitigen politischen Vorliebe: Diese galt einer sozialistischen Gesellschaftswissenschaft, die vor allem darlegte, dass Probleme bereits überwunden seien.

Um diese Spannungen im Umgang mit Problemen zu handhaben und Veröffentlichungschancen zu sichern, mussten die Ergebnisse soziologischer Forschung in einer verklausulierten Sprache vorgelegt werden. Gelingt es, diese zu entschlüsseln, gewinnen die Texte plötzlich aufschlussreichen Informationsgehalt. Die Schlüssel zur Deutung sind dreierlei:

■ Zum ersten war es im offiziellen – politischen wie wissenschaftlichen Sprachgebrauch – der DDR üblich geworden, möglichst nicht Probleme, sondern Lösungen zu benennen. Wo auf Problembenennungen verzichtet wird, ist der Leser daher genötigt, aus der vorgeschlagenen Lösung das zugrundeliegende Problem herauszupräparieren. Umgekehrt ist dort, wo lediglich etwas beschrieben und auf eine Lösungsbenennung verzichtet wird, ein bislang ungelöstes Problem zu vermuten. Dieses musste aber

von den Autoren kaschiert werden, da bereits der Verzicht auf einen Lösungsvorschlag Renitenzverdacht erzeugen konnte.

■ Zum zweiten mussten verklausulierte Problembenennungen ebenso wie Lösungsvorschläge immer zum politischen Grundverständnis des Sozialismus passen. Danach oblag der Arbeiterklasse die historische Mission, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung durchzusetzen. Was diesem Grundverständnis nicht entsprach, wurde nicht veröffentlicht. Also entsprach alles Veröffentlichte diesem Grundverständnis.

■ Zum dritten gab es verklausulierende Sprachregelungen. So wurden etwa die Formulierungen „immer mehr“ und „noch besser“ benutzt, um negativ bewertete Sachverhalte in positive Nachrichten umzuformulieren. In der Regel lassen sich beide Ausdrücke getrost in ihrer Umkehrung lesen, um dem Gemeinten nahezukommen. Auch die häufige Vokabel „Weiterentwicklung“ ist als Defizitmarkierung zu lesen: Wo ein Anliegen „weiterzuentwickeln“ war, dort war es bislang ignoriert worden. Die Beschreibung, dass man einer Sache noch „nicht voll gerecht“ werde, wiederum war eine typische DDR-gesellschaftswissenschaftliche Umschreibung für: wurde bisher komplett verfehlt. Wenn dann doch einmal nicht darauf verzichtet werden konnte, gesellschaftliche Probleme explizit zu thematisieren, dann waren diese Probleme nicht bisher unbearbeitet (wie es meist die zutreffende Beschreibung gewesen wäre), sondern „nunmehr herangereift“ – also genau in diesem Augenblick aufzugreifen.

Eine derart informierte Lektüre offenbart, dass die halesche Arbeitssoziologie – im Rahmen ihrer generellen Systemgebundenheit – durchaus kritische Potenziale entfaltete. 1982 wurde etwa, die bisherigen Forschungen des Wissenschaftsbereichs seit 1965 resümierend, formuliert:

„Anhand des Vergleichs von empirischen Untersuchungsergebnissen aus den Jahren 1967 und 1977 wird anschaulich, daß die Herausbildung sozialistischer Einstellungen und Verhaltensweisen im Arbeitsprozeß kompliziert und widersprüchlich ist.“ (Herter 1982: 19)

Das klingt zunächst wenig substantiell. Doch decodierend wird man den Satz in zwei Aussagen übersetzen dürfen: Innerhalb der zurückliegenden 15 Jahre habe sich hinsichtlich der Herausbildung sozialistischer Einstellungen und Verhaltensweisen im Arbeitsprozess wenig getan. Und: Die auf Funktionärebene vorherrschenden mechanistischen Vorstellungen – Volkseigentum führe zu Eigentümermentalität und diese zu entsprechendem Arbeitsverhalten – seien realitätsfern. Beides waren im DDR-Kontext brisante Informationen. Ein anderes Beispiel:

„... soziologische Forschungsergebnisse ... zeigen, daß sich nicht alle Werk­ tätigen als Eigentümer der Produktionsmittel verhalten, was insbesondere in der Arbeitsdisziplin zum Ausdruck kommt“ (Stollberg 1989a: 417).

Darin steckt eine zweistufige Botschaft: Würde der Ausdruck „nicht alle Werk­ tätigen“ für „einige wenige Werk­ tätige“ stehen, dann wäre es in dem Text nicht erwähnenswert gewesen – denn die sozialistischen Ge­ sellschaftswissenschaften sollten sich vor allem mit den entwicklungsent­ scheidenden Sachverhalten und nicht mit Randphänomenen befassen. Da­ her: Der Ausdruck „nicht alle Werk­ tätigen“ war ein Euphemismus für et­ was Gemeintes, das sich zwischen „viele Werk­ tätige“ und „die meisten Werk­ tätigen“ bewegt – und wurde von jedem Eingeweihten seinerzeit auch so gelesen.

Wenn aber viele oder die meisten Werk­ tätigen keine Eigentümermen­ talität in Bezug auf das vermeintliche Volkseigentum entfalteten, dann heißt das im Klartext: Die hallesche Arbeitssoziologie informierte hier die Politik, die ihre offizielle Identität wesentlich aus der vollzogenen Umwälzung der Eigentumsverhältnisse bezog, darüber, dass ein zentraler Legitimationsgrund des Systems bei der vorgeblich herrschenden Arbei­ terklasse bislang nicht angekommen sei. Dies zeige sich in deren Verhal­ ten, das durch allgegenwärtige Schlamperei in den Betrieben gekenn­ zeichnet sei – sprachlich verklausuliert zu: „was ... in der Arbeitsdiszi­ plin zum Ausdruck kommt“. Gemeint war das Gegenteil von Arbeitsdis­ ziplin, nämlich unzulängliche Arbeitsdisziplin. Oder:

„Die verstärkte Ausrichtung auf außerhalb der Berufsarbeit liegende Lebens­ bereiche (Familie, Freizeit) ... muß angesichts des Postulats, daß die Arbeit das ‚Herzstück‘ der sozialistischen Lebensweise ist, ... aufmerksam verfolgt ... werden.“ (Herter 1982: 20)

Mit anderen Worten: Auch hier entspräche die Realentwicklung kaum den ideologischen Erwartungen. 1984 wurde als „Arbeitshypothese“ ex­ trahiert,

„daß auf den gesamten Verlauf des Prozesses der Einführung neuer Techno­ logien stärker als die Technik mit ihren veränderten Arbeitsinhalten und -bedin­ gungen das *soziale Klima* des Betriebes oder Betriebsbereiches wirkt. Ver­ trauensvolle Beziehungen zwischen den Werk­ tätigen und Leitern aller Ebenen, eine gute Arbeit der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, erweisen sich für die Entwicklung sozialistischer Arbeitseinstellungen als bedeutsamer im Vergleich mit den technischen Gegebenheiten“.⁷

⁷ 5. Arbeitssoziologische Konferenz 1984. Zusammenfassende Schlussfolgerungen aus dem Referat von Prof. Dr. sc. R. Stollberg, Halle/S., Oktober 1984, Nachlass WB Soziologie: Forschung

Was auf den ersten Blick wenig spektakulär wirkt, formuliert einen Konflikt, der in den Schriften des Wissenschaftsbereichs immer wieder thematisiert wurde – und also offenbar immer wieder thematisierungsbedürftig war: den Konflikt zwischen Technokraten, die allein auf die effektivitätssteigernde Wirkung neuer Technik setzten, und soziologisch informierten (häufig gewiss auch: sozialtechnologisch motivierten) Akteuren, die dem handelnden Menschen die Priorität vor der Technik einräumten.

Als praktische Schlussfolgerungen aus solchen Untersuchungsergebnissen wurden 1982 u.a. formuliert:

„weitere Gestaltung progressiver Arbeitsinhalte und -bedingungen unter stärkerer Berücksichtigung der subjektiven Voraussetzungen der Werktätigen; Anstreben von Kontinuität und Dauerhaftigkeit in der Entwicklung eines sozialistischen Arbeitsklimas bzw. einer sozialistischen Kollektivatmosphäre und Ausschalten von Hektik, Formalismus, Zahlenhascherei und Kampagnenarbeit; Heben der Autorität der staatlichen Leiter, insbesondere in den unmittelbaren Produktionsbereichen, zur Verwirklichung einer strafferen Ordnung, Sicherheit und Disziplin im Arbeitsprozeß sowie mehr Unduldsamkeit gegenüber Disziplinverstößen“ (Herter 1982: 20).

Auch dieser Passage lassen sich decodierend einige wichtige Informationen entnehmen: Die Arbeitsprozesse seien jenseits der individuellen Voraussetzungen derjenigen, die sie gestalten müssen, organisiert. Diskontinuität, gepaart mit Formalismus und Zahlenfetischismus, kennzeichneten die Betriebsabläufe. Die Autorität der betrieblichen Leitungsebenen lasse zu wünschen übrig. Die Arbeitsprozesse würden erheblich durch fehlendes Engagement der Arbeitenden gestört.

Angesichts dessen kann es nicht verwundern, dass die Ergebnisse der Forschungsarbeit fortwährend zu Konflikten führten.⁸ Empirische Sozialforschung zu betreiben blieb über die Jahrzehnte hin ein misstrauisch beäugtes Geschäft. Die grundsätzliche Übereinstimmung der Halleschen Soziologen mit dem gesellschaftlichen Ziel- und Normensystem bot dabei keinen hinreichenden Schutz vor politischen Kollisionen.

Vielmehr war es gerade dann, wenn der politisch formulierte Forschungsauftrag wissenschaftlich ernst genommen wurde, unvermeidlich, dass es auch zu politisch unerwünschten Ergebnissen kam: Die Arbeitsprozesse und Arbeitsorganisation in der DDR waren über das normale Maß industrialisierter Arbeit hinaus problembehaftet. Dafür sorgte schon allein die Anlagenbasis der DDR-Wirtschaft. Sie war zu großen Teilen veraltet, dadurch extrem arbeitskraftintensiv und in dieser Hinsicht wenig ressourcenschonend. Hinzu traten die systembedingten Koordinationsprobleme und unzulängliche Anreizstrukturen.

⁸ Interview Prof. Ingrid Hölzler, 26.8.2011

Eine Arbeits-, Industrie- und Betriebssoziologie, die sich unter solchen Bedingungen der Optimierung entsprechender Strukturen und Prozesse widmen sollte, musste bei deren empirischer Aufklärung zwangsläufig auf dringend lösungsbedürftige Probleme stoßen. Sodann kam sie nicht umhin, diese auch zu formulieren, wenn sie ihre Lösungsvorschläge plausibilisieren wollte.

2.2. *Die Bahro-Gutachten-Krise 1977*

Zwar gilt zunächst systemübergreifend und ist auch aus der Gegenwart bekannt, dass politisch formulierte Forschungsaufträge und wissenschaftliche Forschungsergebnisse häufig miteinander kollidieren. Spezifisch für autoritäre Regime sind hingegen die Durchgriffsmöglichkeiten, um mit politisch unerwünschten Resultaten empirischer Analysen umzugehen. An einem Punkt, der zudem eine eher nebensächliche Aktivität betraf, wurde dieser Konflikt besonders sichtbar und führte für die hallesche Soziologie zu einer krisenhaften Zuspitzung. Der Vorgang, um den es geht, erhielt seine Brisanz durch die zeitgeschichtliche Rolle seiner Hauptperson: Rudolf Bahro.

1975 schloss Bahro als externer Doktorand an der Technischen Hochschule Leuna-Merseburg seine Dissertationsschrift ab. Ihr Titel lautete „Voraussetzungen und Maßstäbe der Arbeitsgestaltung für wissenschaftlich ausgebildete Kader im industriellen Reproduktionsprozeß der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Eine theoretische Studie über die Freisetzung der subjektiven Antriebe zu schöpferischer wissenschaftlicher Arbeit im sozialistischen Industriebetrieb“.⁹ Das Thema der Untersuchung lässt es naheliegend erscheinen, dass Rudhard Stollberg um ein Zweitgutachten gebeten wurde.

Am 18. Juni 1976 zeichnete Stollberg sein Gutachten ab. Die Arbeit sei „außerordentlich anregend, und es ließe sich eine Vielzahl kluger Gedanken anführen, denen man zustimmen kann und die Anlaß zu weiteren Überlegungen geben“. „Ein Vorzug der Arbeit ist ihr Reichtum an neuen [Gedanken], die Tatsache, daß der Autor sich nicht an Klischees klammert“.

⁹ Die Arbeit erschien drei Jahre später in der Bundesrepublik unter dem Titel „Plädoyer für schöpferische Initiative. Zur Kritik von Arbeitsbedingungen im real existierenden Sozialismus“ (Bahro 1980), nachdem Bahro mit ihr bei Oskar Negt an der Universität Hannover promoviert worden war.

mert, daß er parteilich vorgeht, kritisch analysiert und scharf pointiert.“
Prädikat: cum laude.¹⁰

Eine Zeitlang passierte nichts. Dann wurde Bahro inhaftiert, nachdem in Westdeutschland sein Buch „Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus“ (Bahro 1977) erschienen war. Nun geriet auch Stollberg in Schwierigkeiten. Fünfzehn Monate nach dem Gutachten war das MfS auf den Vorgang aufmerksam (gemacht) geworden. Es berichtete in einer „Information“, dass Rudhard Stollberg auf einer Parteigruppenversammlung des WB Soziologie eine Erklärung folgenden Inhalts abgegeben habe:

„Die Versuche des Klassegegners, seinen ideologischen Einfluß in den sozialistischen Ländern geltend zu machen, haben sich verstärkt. Dabei kommen verfeinerte, äußerst raffinierte und variable Methoden zur Anwendung. In zunehmendem Maße ... ist das Bemühen des Klassegegners spürbar, die sozialistische Ideologie von innen her auszuhöhlen, indem er versucht, in die marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften einzudringen und diese mit bürgerlichem Gedankengut zu durchdringen. Ein konkretes Beispiel habe Rudolf Bahro geliefert [...]. Bahro habe es verstanden, durch geschickte und verlausulierte Abfassung seiner Schrift selbst die beauftragten Gutachter zu täuschen. [...] Daran anknüpfend forderte Prof. Stollberg die Angehörigen des WB Soziologie zu erhöhter revolutionärer Wachsamkeit auf.“¹¹

Allerdings war das alles offenbar nicht sehr überzeugend vorgetragen worden. Jedenfalls schätzte das MfS ein: „Wie schon aus anderen Fällen bekannt, nahm Prof. Stollberg keine selbstkritische und parteimäßige Haltung ein.“ Vielmehr sei sein ganzes Auftreten gekünstelt gewesen und habe den Eindruck erweckt, „daß er die dargelegte Erklärung nur deshalb abgegeben hat, um seine eigenen Fehler zu bemänteln. || Seine Darlegungen ließen jede eigene konsequente und parteiliche Haltung vermissen.“¹²

Im Umfeld Stollbergs scheint es keine eindeutige Distanzierungsumosphäre gegeben zu haben, wie das MfS mehrfach und problematisierend anmerkte. In der Sektion Wirtschaftswissenschaften hätten „nicht al-

¹⁰ Rudhard Stollberg: Gutachten zur Dissertation A des Dipl.-Phil. Rudolf Bahro, Halle/S., 18.6.1976, LHA LSA Abt. Merseburg, Bestand P 523 Rudolf Bahro 1971/72, 1977, Mappe V/6/31/114.

¹¹ Abteilung XV [des MfS]: Information zu einer Argumentation betreffend den Feind Rudolf Bahro und das unparteiliche Verhalten des Prof. Stollberg, Halle, 21.9.1977, S. 1, BStU: MfS BV Halle XX ZMA Nr. 1151, BStU-Nr. 0044-0045, S. 1f.

¹² ebd., S. 2

le Wissenschaftler zum Verhalten Stollbergs eine klare und parteiliche Position“.¹³

Unter den „leitenden Genossen der Sektion Marxismus-Leninismus“ der MLU dagegen wurde die „Erwartung“ formuliert, dass die Angelegenheit „gründlich untersucht und mit politischer Konsequenz geklärt wird“. Eine gewisse Unzufriedenheit der Kollegen aus der marxistisch-leninistischen Nachbarsektion mit dem Bereich Soziologie scheint sich in dem ergänzenden Satz zu artikulieren: „Dabei müßte aber auch sehr kritisch die gesamte bisherige Entwicklung von Prof. S. sowie die Situation in seinem Verantwortungsbereich Beachtung finden.“¹⁴

Es folgte ein Parteiverfahren gegen Stollberg, und dem MfS schien Stollberg andauernd als unsicherer Kantonist zu gelten. Er müsse „als potentiell gefährdete Person des Gegners eingeschätzt werden“ – also, jenseits der MfS-Sprache ausgedrückt, als Person, die Gefahr läuft, sich zum Gegner der DDR zu entwickeln. Daher sei erwirkt worden, „daß der St. aus dem ständigen Auslandskaderstamm des MfH¹⁵ herausgelöst wurde“. Stollberg verlor also – zeitweilig – seinen Status als (West-)Auslandsreisekader. Überdies „wurde ein verstärkter IM/GMS-Einsatz ... eingeleitet“.¹⁶

Insgesamt wird man in dem ganzen Vorgang zweierlei erblicken können: Einerseits unterlief Stollberg eine – freilich ehrenwerte – politische Fehleinschätzung bei der Begutachtung der Bahro-Dissertation. Diese mag daraus resultiert haben, dass er als empirischer Sozialforscher einen realistischen Blick auf die Zustände in den DDR-Betrieben gewonnen hatte, der ihm die Darstellungen Bahros als plausibel erscheinen ließ. Das wäre dann ein Beleg dafür, dass, wer auf eigenständiges Denken nicht gänzlich verzichtete, nahezu zwangsläufig auch in Konflikte mit den politischen Instanzen der DDR geraten konnte.

Andererseits unterlief dem MfS eine bemerkenswerte Fehleinschätzung der Persönlichkeit Stollbergs hinsichtlich seiner Gefährdung, sich zum Feind der DDR zu entwickeln. Stollberg war, ausweislich seiner gesamten Arbeit, mit dem DDR-Sozialismus hochidentifiziert – und gerade

¹³ Abteilung XV [des MfS]: Information. Gutachten im Promotionsverfahren Bahro durch Prof. Dr. R. Stollberg, Leiter des Wissenschaftsbereiches Soziologie der MLU Halle, Halle (S), 20.9.1977, S. 2, BStU: MfS BV Halle XX ZMA Nr. 1151, BStU-Nr. 0039-0040

¹⁴ Abteilung XV [des MfS]: Information. Verhalten von Prof. Stollberg in der Angelegenheit des Feindes Bahro, Halle, 20.9.1977, S. 1f., BStU: MfS BV Halle XX ZMA Nr. 1151, BStU-Nr. 0041-0042

¹⁵ Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen

¹⁶ wie Fn. 14; IM=Inoffizieller Mitarbeiter, GMS=Gesellschaftlicher Mitarbeiter Sicherheit – beides Kategorien inoffizieller Mitarbeiter des MfS

deshalb mitunter deutlich unzufrieden mit den Zuständen in den Betrieben des Landes – bzw. in den Worten des MfS: „Wie schon aus anderen Fällen bekannt, nahm Prof. Stollberg keine selbstkritische und parteimäßige Haltung ein.“¹⁷ (Vgl. ausführlicher Pasternack 2013)

3. **Nachwirkungen?**

Nach dem Verlust ihres systemischen Entstehungs- und Verwertungskontextes hatten die Forschungsergebnisse der halleschen Soziologen nur geringe Nachwirkungen. Die Originalveröffentlichungen sind bislang kaum zur Aufhellung der DDR-Gesellschaftsgeschichte herangezogen worden. Das dürfte zu einem Teil in der hermetischen Sprache begründet sein. Diese macht die in den Katakomben der Bibliotheksmagazine lagernden Texte zu einer voraussetzungsreichen Lektüre, was die Decodierungsfertigkeiten der heutigen Rezipienten betrifft.

Zu einem anderen Teil dürfte der Grund darin liegen, dass Halle kein Zentrum der DDR-Soziologie war. Soweit Veröffentlichungen der DDR-Soziologie als Quellen zur Deutung des versunkenen Systems genutzt werden, wird eher auf Beiträge aus den Einrichtungen in Ost-Berlin (Soziologie-Institute der AdW und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften) oder Leipzig (Zentralinstitut für Jugendforschung, Institut für Marktforschung und WB Soziologie der Karl-Marx-Universität) zugegriffen.¹⁸

Hinzu tritt, dass die Hallesche Arbeitssoziologie vor allem empirisch orientiert war und eher theorieentlastet arbeitete. Zu den interessanteren Kontroversen etwa zum Arbeitsbegriff oder zur Entfremungsdebatte kamen die Beiträge aus vornehmlich philosophischen Instituten, insbesondere in Berlin, weniger aus der Arbeitssoziologie in Halle, aber ebenso nicht aus dem Zentralen Forschungsinstitut für Arbeit (ZFA) Dresden. Hierin zeigte sich auch eine Besonderheit soziologischen Arbeitens in der DDR: Eine Allgemeine Soziologie oder soziologische Gesellschaftstheorie gab es so nicht, da deren Gegenstände in der Systematik der Wissenschaften dem Historischen Materialismus als einer Teildisziplin der marxistisch-leninistischen Philosophie zugewiesen waren.

¹⁷ Abteilung XV [des MfS]: Information zu einer Argumentation betreffend den Feind Rudolf Bahro und das unparteiliche Verhalten des Prof. Stollberg, Halle, 21.9.1977, S. 2, BStU: MfS BV Halle XX ZMA Nr. 1151, BStU-Nr. 0044-0045

¹⁸ zu retrospektiven Gesamtbilanzierungen der DDR-Soziologie vgl. Peter (1991), Jaufmann et al. (1992), Soziologie und empirische Sozialforschung in der DDR (1992), Bertram (1997)

Schließlich kommt auch in Bezug auf die hallesche Arbeitssoziologie zum Zuge, dass es eine Diskrepanz zwischen der nachträglichen Selbstwahrnehmung soziologischer DDR-Zeitzeugen als kritisch und ihrer Fremdeinschätzung als konformistisch gibt (Sparschuh 2005: 7). Indes verfehlt hierbei keine der beiden Seiten ihren Betrachtungsgegenstand vollständig. Den Unterschied macht die Perspektive und das, was dabei jeweils abgeblendet wird: „die ehemaligen Akteure sehen, was sie *gemacht* haben, und Außenstehende das, was *unterblieb*“ (Fischer 2011: 70). Wird das zusammenschaltet, dann lautet der resümierende Befund zur Halleschen Arbeitssoziologie: „materialreich und ideologisch durchtränkt“, dabei mit letzterem – halbironisch formuliert – „das Erkenntnisinteresse reflektierend“ (Neuberger 1990: 124).

Insgesamt wurde in den DDR-Jahrzehnten der soziologischen Forschung an der MLU, wie auch andernorts, schlechterdings Paradoxes abverlangt. Es sollten sowohl Beiträge zur Optimierung gesellschaftlicher Prozesse erbracht als auch politische Maximen und Beschlüsse wissenschaftlich bestätigt werden. Die Maximen und Beschlüsse bauten auf Wunschbildern der gesellschaftlichen Realität auf, die durch empirische Arbeit notwendig irritiert werden mussten, da sich die Realität typischerweise Wunschbildern nicht vollständig fügt.

Mit der empirischen Erforschung der sozialistischen Wirklichkeit konnte damit ein politisches Gefahrenpotenzial entstehen: „Es war die Ambivalenz, einerseits zur Herrschaftsrationalisierung beizutragen und andererseits mit dieser ‚harten Empirie‘ über das Potential zu verfügen, ideologisch demaskierend zu wirken, also Delegitimierung zu betreiben.“ (Koop 2009: 855)

Die wissenschaftliche Umsetzung des politischen Auftrags musste mit der Doktrin in Konflikte geraten, weil weder Erkenntnisweise noch Untersuchungsgegenstand, weder die wissenschaftliche noch die industrielle Rationalität sich ohne weiteres in diese Doktrin einfügen ließen.

Literatur

- Bahro, Rudolf (1977): Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Europäische Verlagsanstalt, Köln/Frankfurt a.M.
- Bahro, Rudolf (1980): Plädoyer für schöpferische Initiative. Zur Kritik von Arbeitsbedingungen im real existierenden Sozialismus, Bund-Verlag, Köln.
- Bertram, Hans (Hg.) (1997): Soziologie und Soziologen im Übergang. Beiträge zur Transformation der außeruniversitären soziologischen Forschung in Ostdeutschland, Leske + Budrich, Opladen.
- Fischer, Christin (2011): Soziologische Lehre und Studium in der DDR. zwischen politischer Staatsideologie und wissenschaftlicher Gesellschaftsaufklärung. untersucht am Beispiel der Martin-Luther-Universität, Diplomarbeit, Martin-Luther-

- Universität Halle-Wittenberg, Philosophische Fakultät I: Sozialwissenschaften und historische Kulturwissenschaften, Halle (Saale), unveröff.
- Fischer, Christin/Peer Pasternack/Henning Schulze/Steffen Zierold (2013): Soziologie an der Universität Halle-Wittenberg. Dokumentation zum Zeitraum 1945–1992, Anhang zu: Peer Pasternack/Reinhold Sackmann (Hg.), Vier Anläufe: Soziologie an der Universität Halle-Wittenberg. Bausteine zur lokalen Biografie des Fachs vom Ende des 19. bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts, Halle (Saale) 2013, 52 S.; URL http://www.sociologie.uni-halle.de/publikationen/vier-anlaeupe/anhang_buch.pdf
- Hall, Christian/Daniel Münzner (2007): Die Begründung der Soziologie an der Universität Rostock, in: Kersten Krüger (Hg.), Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Teil 1, Universität Rostock, Rostock, S. 316–319.
- Herter, Detlev (1982): Arbeit und Beruf als Gegenstand soziologischer Forschungen, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg/Gesellschaftswissenschaftliche Reihe 4/1982, S. 19–29.
- Hölzler, Ingrid (1976): Soziale Probleme der Schichtarbeiter und ihre Berücksichtigung in der Stadtplanung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wissenschaftsbereich Soziologie, Halle/S., unveröff.
- Jaufmann, Dieter/Ernst Kistler/Klaus Meier/Karl-Heinz Strech (Hg.) (1992): Empirische Sozialforschung im vereinten Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven, Campus Verlag, Frankfurt a.M./New York.
- Koop, Dieter (2009): Soziologie, in: Ulrich von Hehl/Uwe John/Manfred Rudersdorf (Hg.), Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009. Band 4: Fakultäten, Institute, Zentrale Einrichtungen. 1. Halbband, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2009, S. 846–858.
- Laitko, Hubert (2006): Produktivkraftentwicklung und Wissenschaft in der DDR, in: Clemens Burrichter/Detlef Nakath/Gerd R. Richter (Hg.), Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Geschichte – Staat – Politik. Ein Handbuch, Berlin, S. 475–540.
- Lange, Max Gustav (2007): Zur Grundlegung der Erziehungswissenschaft. Texte zur soziologischen Begründung der Pädagogik 1946–1950, hrsg. von Wolfgang Eichler und Horst Sladek, Verlag Peter Lang, Frankfurt/M.
- Neuberger, Oswald (1990): Zur Selbstverstümmelung eines Autors aus Anlaß der Wende. Bemerkungen zum Aufsatz von Rudhard Stollberg, in: D. von Eckardstein/O. Neuberger/Chr. Scholz/H. Wächter/W. Weber/R. Wunderer (Hg.), Personalwirtschaftliche Probleme in DDR-Betrieben (=Zeitschrift für Personalforschung Sonderheft 1990), Rainer Hampp Verlag, Mering, S. 124–128.
- Pasternack, Peer (2013): Politik und Soziologie in der DDR. Eine exemplarische Kulmination in der akademischen Provinz: Die Hallesche Bahro-Affäre 1977, in: Initial 1/2014, S. 106–118.
- Pasternack, Peer/Susann Böhme/Annelie Dorn/Steffen Zierold (2013): Zweiter Anlauf zur Institutionalisierung: Das Institut für Soziologie und Max Gustav Lange, in: Peer Pasternack/Reinhold Sackmann (Hg.), Vier Anläufe: Soziologie an der Universität Halle-Wittenberg. Bausteine zur lokalen Biografie des Fachs vom Ende des 19. bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts, Halle (Saale), S. 92–104.
- Pasternack, Peer/Reinhold Sackmann (Hg.) (2013): Vier Anläufe: Soziologie an der Universität Halle-Wittenberg. Bausteine zur lokalen Biografie des Fachs vom Ende des 19. bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2013.
- Pasternack, Peer/Steffen Zierold (2013): Themen und Projekte, in: Peer Pasternack/Reinhold Sackmann (Hg.), Vier Anläufe: Soziologie an der Universität Halle-

- Wittenberg. Bausteine zur lokalen Biografie des Fachs vom Ende des 19. bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts, Halle (Saale), S. 168–177.
- Peter, Lothar (1991): Dogma oder Wissenschaft? Marxistisch-leninistische Soziologie und staatssozialistisches System in der DDR, Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V., Frankfurt a.M.
- Soziologie und empirische Sozialforschung in der DDR. Eine kritische Bilanz (=Berliner Journal für Soziologie 3-4/1992), Akademie Verlag, Berlin 1992.
- Sparschuh, Vera (2005): Von Karl Mannheim zur DDR-Soziologie. Generationendynamik in der Wissenschaft, Krämer-Verlag, Hamburg.
- Sparschuh, Vera/Ute Koch (1997): Sozialismus und Soziologie. Die Gründergeneration der DDR-Soziologie. Versuch einer Konturierung, Leske + Budrich, Opladen.
- Steiner, Helmut (1988): Zur Soziologie des Neubeginns nach 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1988. Theoretische Grundprobleme der Erforschung der Lebensweise im Sozialismus, Akademie-Verlag, Berlin [DDR], S. 228–241.
- Stollberg, Rudhard (1957): Die Auseinandersetzung um die 40-Stunden-Woche in Westdeutschland, Dissertation, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle/S., unveröff.
- Stollberg, Rudhard (Interview) (1978): Schichtfamilien, in: Forum 2/1978, S. 5.
- Stollberg, Rudhard (1988): Soziologie der Arbeit, Verlag Die Wirtschaft, Berlin [DDR].
- Stollberg, Rudhard (1989): Leistung und Bedürfnisbefriedigung, in: Sozialistische Arbeitswissenschaft 5/1989, S. 364–367.
- Stollberg, Rudhard (1989a): Arbeitssoziologie und Weiterbildung von Leitern, in: Sozialistische Arbeitswissenschaft 6/1989, S. 413–418.
- Stollberg, Rudhard (1990): Arbeitseinstellungen und Arbeitszufriedenheit bei Produktionsarbeitern der DDR, in: D. von Eckardstein/O. Neuberger/Chr. Scholz/H. Wächter/W. Weber/R. Wunderer (Hg.), Personalwirtschaftliche Probleme in DDR-Betrieben (=Zeitschrift für Personalforschung Sonderheft 1990), Rainer Hampp Verlag, Mering, S. 117–123.
- Voigt, Dieter (1986): Schichtarbeit und Sozialsystem. Zur Darstellung, Entwicklung und Bewertung der Arbeitszeitorganisation in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, Studienverlag Dr. Norbert Brockmeyer, Bochum.
- Voigt, Peter (2007): Zeitzeugenbericht von Prof. Dr. Peter Voigt am 12. Januar 2007, in: Kersten Krüger (Hg.), Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Teil 1, Universität Rostock, Rostock, S. 322–348.
- Wollmann, Hellmut (2010): Soziologie an der Humboldt-Universität unter dem SED-Regime und in der „Wende“, in: Heinz-Elmar Tenorth (Hg.), Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Band 6: Praxis ihrer Disziplinen. Selbstbehauptung einer Vision, Akademie Verlag, Berlin, S. 233–254.

die hochschule. journal für wissenschaft und bildung

Herausgegeben von Peer Pasternack
für das Institut für Hochschulforschung (HoF)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Redaktion: Daniel Hechler

Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg, Collegienstraße 62, D-06886 Wittenberg
<http://www.diehochschule.de>

Kontakt:

Redaktion: Tel. 03491/87 62 090, Fax: 03491/466 255;

eMail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

Vertrieb: Tel. 03491/466 254, Fax: 03491/466 255, eMail: institut@hof.uni-halle.de

ISSN 1618-9671, ISBN 978-3-937573-48-9

Die Zeitschrift „die hochschule“ versteht sich als Ort für Debatten aller Fragen der Hochschulforschung sowie angrenzender Themen aus der Wissenschafts- und Bildungsforschung. Als Beihefte der „hochschule“ erscheinen die „HoF-Handreichungen“, die sich dem Transfer hochschulforscherischen Wissens in die Praxis der Hochschulentwicklung widmen.

Artikelmanuskripte werden elektronisch per eMail-Attachment erbeten. Ihr Umfang soll 25.000 Zeichen nicht überschreiten. Für Rezensionen beträgt der Maximalumfang 7.500 Zeichen. Weitere Autoren- und Rezensionshinweise finden sich auf der Homepage der Zeitschrift: <http://www.diehochschule.de> >> Redaktion.

Das Institut für Hochschulforschung (HoF), 1996 gegründet, ist ein An-Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (www.hof.uni-halle.de). Es hat seinen Sitz in der Stiftung Leucorea Wittenberg und wird geleitet von Peer Pasternack.

Als Beilage zu „die hochschule“ erscheint der „HoF-Berichterstatte“ mit aktuellen Nachrichten aus dem Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg. Daneben publiziert das Institut die „HoF-Arbeitsberichte“ (http://www.hof.uni-halle.de/publikationen/hof_arbeitsberichte.htm) und die Schriftenreihe „Hochschulforschung Halle-Wittenberg“ bei der Akademischen Verlagsanstalt Leipzig. Ein quartalsweise erscheinender eMail-Newsletter kann abonniert werden unter <http://lists.uni-halle.de/mailman/listinfo/hofnews>.

Coverabbildung: Sieghard Liebe: Schöna, Dezember 1984 (Ausschnitt). Entnommen dem Bildband: Sieghard Liebe, AnSprüche eines DDR-Jahrzehnts. Fotografien im Widerspruch zum Lösungsalltag, Centaurus Verlag, Freiburg 2011 m. frdl. Genehm. d. Verlags

Ein Vierteljahrhundert später Zur politischen Geschichte der DDR-Wissenschaft

Daniel Hechler, Peer Pasternack:

Unerschöpftes Thema. Das DDR-Wissenschaftssystem post mortem6

Anita Krätzner-Ebert:

Der Mauerbau und die Universitäten der DDR 12

Elise Catrain:

Hochschule im Überwachungsstaat. Struktur und Aktivitäten des
Ministeriums für Staatssicherheit an der Karl-Marx-Universität
Leipzig (1968/69–1981)24

Johannes Keil:

Militär(finanzökonomie) an der Universität. Eine Überlebensstrategie
der Wirtschaftswissenschaften der DDR-Humboldt-Universität34

Thomas Klemm:

„Die ästhetische Bildung sozialistischer Persönlichkeiten“.
Institutionelle Verflechtungen der Kunstlehrausbildung
an den Hochschulen in der DDR48

Peer Pasternack:

Soziologie im Industrieviertel. Arbeitssoziologische Forschung an
der Universität Halle-Wittenberg 1963–198962

Ulrich Wobus:

Das Institut Gatersleben 1943–1990. Eine außeruniversitäre
Forschungseinrichtung zwischen Selbstbestimmung und
politischer Lenkung78

Marie Teitge, Ekkehardt Kumbier:
Medizinisches Publizieren als Politikum. Zur Entstehungsgeschichte
der Zeitschrift „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“
in der SBZ/DDR.....89

Krijn Thijs:
Die Dreiecksbeziehungen der Fachhistoriker. Überlegungen über
den Umbruch in der ostdeutschen Geschichtswissenschaft.....101

Daniel Hechler, Peer Pasternack:
»... nicht uninteressanter als andere Dinge auch«. Zeitgeschichte
der ostdeutschen Hochschulen aus der Sicht ihrer Akteure114

FORUM

Ulrich Müller, Lukas Bischof:
Über die Grenzen des traditionellen Hochschulverständnisses.
Plädoyer für einen „erweiterten Hochschulbegriff“ 132

Gangolf Braband:
Ein günstiges Zeitfenster. Die Gründung der Universität Luxemburg
und der Einfluss internationaler Entwicklungen im Hochschulbereich144

PUBLIKATIONEN

Rezension: Jürgen Kaube: Im Reformhaus.
Zur Krise des Bildungssystems (*Daniel Hechler*)157

Peer Pasternack, Daniel Hechler, Tim Hutschenreuter:
Bibliografie: Wissenschaft & Hochschulen
in Ostdeutschland seit 1945.....161

Autorinnen & Autoren.....185

Autorinnen & Autoren

Lukas Bischof, Dipl. Psych., Projektleiter bei der CHE Consult GmbH, Berlin. eMail: lukas.bischof@che-consult.de.

Gangolf Braband, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Forschungseinheit „Identités. Politiques, Sociétés, Espaces“ (IPSE) an der Universität Luxemburg. eMail: gangolf.braband@uni.lu

Elise Catrain, Dr. phil., Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin. eMail: Elise.Catrain@bstu.bund.de

Daniel Hechler M.A., Forschungsreferent am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

Tim Hutschenreuter M.A., Soziologe, Forschungsreferent am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: tim.hutschenreuter@hof.uni-halle.de

Anita Krätzner-Ebert, Dr. phil., Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Bildung und Forschung“ des BStU. eMail: anita.kraetzner-ebert@bstu.bund.de

Johannes Keil, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: johannes.keil@hof.uni-halle.de

Thomas Klemm, Dr. phil., freiberuflicher Kunstwissenschaftler und Ausstellungsmacher in Leipzig. eMail: post@thomasklemm.com

Ekkehardt Kumbier, PD Dr. med. habil., Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Universitätsmedizin Rostock. eMail: ekkehardt.kumbier@uni-rostock.de

Ulrich Müller M.A., Erziehungswissenschaftler, Leiter politische Analysen im Centrum für Hochschulentwicklung, Gütersloh. eMail: ulrich.mueller@che.de.

Peer Pasternack, Prof. Dr., Direktor des Instituts für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de; <http://www.peer-pasternack.de>

Marie Teitge, Dr. med., Universitätsmedizin Rostock. eMail: marie_teitge@web.de

Krijn Thijs, Dr. phil., Historiker, Duitsland Instituut Amsterdam, Universiteit van Amsterdam, Leibniz Summer Fellow 2015 am Zentrum für Zeithistorische Forschungen Potsdam. eMail: k.thijs@uva.nl

Ulrich Wobus, Prof. Dr. rer. nat. habil., 1992–2007 Geschäftsführender Direktor des Leibniz-Instituts für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung Gatersleben. eMail: ulrich.wobus@googlemail.com